

- *Wir wünschen gleiche Rechte – und geraten in „Abschiebungshaft“.*

Denn wir haben nichts zu bieten. Wir sind nicht erwünscht.

In der Bundesrepublik Deutschland lebende, bleiberechtsungesicherte Flüchtlinge sind i.d.R. solche mit einer Duldung gem. § 56 AuslG, einer Aufenthaltsgestattung gem. § 55 AsylVfG oder einer Aufenthaltsbefugnis gem. § 51 AuslG. Die von Raschel beschriebenen Restriktionen bestimmen vor allem das Leben von bundesweit ca. 40.000¹ „Asylbewerber“, denen der Aufenthalt zunächst gestattet wird, und von derzeit etwa 227.000² geduldeten „De-Fakto-Flüchtlingen“.

Dass diese Menschen hier eigentlich „nicht erwünscht“ sind, lernen sie nicht allein aus alltäglichen Diskriminierungserfahrungen. Es sind vor allem vielfältige administrative und rechtliche Restriktionen, die ihr Leben beeinträchtigen, sie marginalisieren und erfolgreiche Integration – auch eine Integration auf Zeit – gezielt verhindern.

Solcherart "legale Marginalisierung" von Flüchtlingen findet nicht nur im Rahmen eines seit einigen Jahren weitgehend entkernten Asylrechts statt.

Zahlreiche, nur für diesen Personenkreis gültige Sondergesetze und behördliche Auflagen grenzen erfolgreich aus:

- durch Lagerunterbringung und Verweigerung der selbstbestimmten Wohnsitznahme.
- durch Beschränkung der Bewegungsfreiheit auf den Bereich von Kreisen oder kreisfreien Städten.
- durch gesundheitliche Unterversorgung.
- und durch den auf den Erhalt von Sachleistungen reduzierten sozialen Versorgungsanspruch.

Denn vom System der Sozialhilfe ausgeschlossen stehen AsylbewerberInnen und den Geduldeten lediglich um 30% verminderte Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz zu. Mit sog. Chip-Karten bzw. Lebensmittel- und Bekleidungsgutscheinen versorgt oder mit Essenspaketen ab gespeist wird ihnen die Verfügung über Bargeld verwehrt.

¹ Pressemitteilung des BMI v. 6.3.2003

² Quelle AZR-Statistik am 31.12.2002

Dass dieses Sachleistungsprinzip zu erheblichem administrativen Mehraufwand und -kosten führt, hat bisher nur in wenigen Bundesländern zu einer modifizierten und menschenwürdigeren Verwaltungspraxis geführt.

Einige Innenpolitiker formulieren ganz offen, dass das Kalkül solcher Politik sei, weitere Flüchtlinge von der Einwanderung abzuschrecken. Die Erreichung dieses Zieles darf offenbar auch etwas kosten. Zuweilen haben wir den Eindruck, dass ihm sogar die Erfüllung des Gebots zur sparsamen Bewirtschaftung öffentlicher Haushalte geopfert wird.

Diesen Eindruck verstärkt sich angesichts der Regel, dass betroffenen Flüchtlingen nicht einmal gestattet wird, der sozialen Ausgrenzung durch das Ausweichen in die legale Erwerbsarbeit zu entkommen.

Ein Widerspruch, der nicht zuletzt von der Arbeitsgenehmigungsverordnung des Bundesarbeitsministeriums verantwortet wird. Diese erschwert bzw. verweigert insbesondere bleiberechtsungesicherten Flüchtlingen regelmäßig den Zugang zu betrieblichen Praktika, zu Berufsausbildungen oder zum Arbeitsmarkt.

Bisher bekannt gewordene Texte lassen auch bei dem derzeit in Bundestag und Bundesrat diskutierten neu eingebrachten Entwurf eines Zuwanderungsgesetzes keine liberalere Arbeitsgenehmigungsverordnung erwarten. Ganz im Gegenteil: Selbst langjährig hier lebende Flüchtlinge mit Aufenthaltserlaubnis aus völkerrechtlichen, humanitären oder politischen Gründen würden demnach bei Inkrafttreten eines neuen Zuwanderungsgesetzes zeitlich unbefristet vom Arbeitsmarkt ausgeschlossen werden können.³

Jedoch auch die schon heute wirkenden verwaltungsbedingten Diskriminierungen erfahren kritische Würdigungen von vielen Seiten.

Für Flüchtlinge „besteht nur ein nachrangiger Zugang zum Arbeitsmarkt“ beklagt die *Bundesweite Arbeitsgemeinschaft für Flüchtlinge PRO ASYL e.V.*, „was in vielen Fällen, in Berlin und Ostdeutschland fast flächendeckend, dazu führt, dass eine Arbeitserlaubnis nicht erteilt wird. In manchen Orten werden explizit Arbeitsverbote verhängt. Besonders dramatisch ist die Situation für Jugendliche, die in Deutschland geboren oder auf-

³ Entwurf einer Ausländerbeschäftigungsverordnung, BMWA, Berlin, 24.9.2002

gewachsen sind. Sie dürfen nach der Schule weder eine Arbeit aufnehmen noch eine Ausbildung beginnen.“⁴

„Kein Land in Europa hat sich solch einen Wahnsinn geleistet.“ schimpft gar die Flüchtlingsbeauftragte der Nordelbischen Evgl.-Luth. Kirche. Geduldete seien „nicht in Arbeit genommen, nicht auf die eigenen Füße gestellt, sondern krank gemacht, in Abhängigkeit gehalten und in schlechten Unterkünften zusammengepfercht“ von einer teuren und unnötigen Bürokratie, die allein dazu da sei, Menschen zu demoralisieren.⁵

Etwas weniger aufgeregt, doch nicht minder deutlich erklärt die *Europäische Kommission* des Europarates gegen *Rassismus und Intoleranz* mit Blick auf die in Deutschland üblichen bürokratischen Hürden beim Arbeitsmarktzugang für Flüchtlinge „dass die Bundesbehörden die Lage in verschiedenen Teilen des Landes prüfen und sicherstellen sollten, dass Asylbewerber nicht mittellos sind.“ In diesem Zusammenhang hebt die Kommission hervor, „dass solche ärmlichen Bedingungen (in der Gesellschaft u.U. bestehende) Vorurteile, Klischeevorstellungen und Feindseligkeit gegenüber diesen Personen noch verstärken.“⁶

In dieses öffentlich sowie in migrations- und bildungspolitischen Fachkreisen kontrovers diskutierte Szenario hinein hat der Europäische Rat im Jahr 2000 - für viele von uns ganz unvermittelt - die Gemeinschaftsinitiative Equal mit dem Themenschwerpunkt Asyl gestellt.

Ein Förderprogramm, das die Finanzierung modellhafter Projekte zur beruflichen Qualifizierung von bleiberechtsungesicherten Flüchtlingen möglich macht. Doch nicht nur das: Die Gemeinschaftsinitiative Equal fordert die Betreiber der Projekte auf, im Zuge des sog. vertikalen Mainstreamings rechtspolitische Initiativen zu entwickeln, die in der Lage sind, für ihre Zielgruppe bestehende Diskriminierungen nachhaltig zu beseitigen. Das heißt im Fall des Themenschwerpunktes Asyl, dass die öffentliche Infragestellung des beklagten rechtspolitischen und verwaltungsamtlichen Status Quo und seine Verbesserung zum Auftrag und Programm gehören.

⁴ „Hier geblieben! Recht auf Bleiberecht – Fakten, Hintergründe, Forderungen“, PRO ASYL e.V. u.a., Frankfurt/Main, Februar 2003 (www.proasl.de)

⁵ „Was wird aus den Geduldeten?“, Fanny Dethloff, Flüchtlingsbeauftragte der NEK, Vortrag bei der Tagung des AK Asyl in der Kirche in Niedersachsen, Arnum, 8.3.2003 (www.hamburgasyl.de)

⁶ „Zweiter Bericht über Deutschland“, Europäische Kommission gegen Rassismus und Intoleranz, Straßburg, Juli 2001 (www.ecri.coe.int)

Sehr schnell haben sich unter der engagierten Moderation der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration zahlreiche an der Durchführung von Maßnahmen am Themenschwerpunkt Asyl interessierte Träger zusammengefunden.

Bewilligt wurden schließlich die Anträge von acht Entwicklungspartnerschaften zum Themenschwerpunkt Asyl.

Die Projekte stellen sich der Aufgabe, unter Berücksichtigung der für die potentiellen TeilnehmerInnen geltenden aufenthaltsrechtlichen Bestimmungen, die Herstellung, die Wiederherstellung und die Erweiterung von Berufsfähigkeit zu erreichen. Im Sinne des Gender Mainstreams werden Frauen besonders gefördert. Ebenfalls wird die regionale Vernetzung der mit Flüchtlingen befassten Einrichtungen, öffentlichen Stellen und Lobbyorganisationen mit dem Ziel langfristiger Absicherung der erprobten neuen Ansätze betrieben.

Die entwickelten Qualifizierungsmaßnahmen orientieren sowohl auf die Verbesserung von Arbeitsintegration im Herkunfts- oder Drittland wie auf verbesserten Arbeitsmarktzugang im Aufnahmeland und berücksichtigen unterschiedliche Bildungsniveaus.

Begleitende Multiplikatorenmaßnahmen fördern interkulturelle Kompetenz bei den mit dem Klientel der Flüchtlinge befassten Einrichtungen, Institutionen, Behörden und Betrieben. Der nationale und internationale Erfahrungsaustausch und Wissenstransfer erfolgt im Rahmen bundesweiter und transnationaler Kooperation.

Was geschieht in den verschiedenen Entwicklungspartnerschaften?

- In Nordrhein-Westfalen werden Sprach- und Kulturmittler für den Gesundheits- und Sozialbereich qualifiziert.
- In Hamburg findet im Rahmen von Equal ein breites Angebot statt, das z.B. jugendlichen Flüchtlingen reguläre Handwerksabschlüsse verschafft und spezielle Vorqualifizierungsmaßnahmen gezielt für Frauen bereithält. Dabei werden zielgruppenspezifische Beratungsansätze und Profilingverfahren in enger Zusammenarbeit mit Wirtschaftsbetrieben realisiert.
- In Baden-Württemberg werden Alphabetisierungskurse, gezielte Sprach und Fremdsprachenförderung, Computerausbildungen in der beruflichen Qualifizierung mit betrieblichen Praktika kombiniert.

- Im Saarland wird die Förderung schulischer Abschlüsse und die Wiederherstellung beruflicher Handlungsfähigkeit mit personenbezogenen Hilfen zur Arbeitsmarktintegration bzw. gezielter Rückkehrberatung in Beziehung gesetzt.
- In Bayern schaffen spezifische Angebote jeweils für minderjährige und erwachsene Flüchtlinge mit berufsbezogener Sprachförderung, beruflichen Orientierungen, Vermittlung von EDV-Kompetenz und gezielter Frauenförderung die Voraussetzungen für eine erfolgreiche Integration in den hiesigen bzw. die Reintegration in den heimischen Arbeitsmarkt.
- In Thüringen schließen modulare Angebote beruflicher Qualifizierungen an gezielte Trainingsmaßnahmen zur Förderung und Vermittlung der Deutschen Sprache an.
- In Niedersachsen wird die Gesundheits- und Sozialversorgung für Flüchtlinge u.a. durch die Qualifizierung von Sprach- und KulturmittlerInnen verbessert.
- In Schleswig-Holstein schließlich können Flüchtlinge wählen zwischen Berufsqualifizierungsangeboten in Handwerk und Pflege, im Bereich der Telekommunikation und dem Kompetenzerwerb für die Mitarbeit in sozialen Einrichtungen und Medien.

In allen Asyl-Entwicklungspartnerschaften unterstützen die unterschiedlichsten strategischen Partner das auf Anti-Diskriminierung und Integrationsförderung angelegte Engagement. Inwieweit ministerielle Stellen oder oberste Landesbehörden als strategische Partner in den Entwicklungspartnerschaften mitarbeiten, ist von Bundesland zu Bundesland verschieden. Die enge Zusammenarbeit mit den Arbeits- und Kommunalverwaltungen, Handwerks- und Industrie- und Handelskammern, Verbänden, Bildungsinstitutionen und Migrationsfachstellen ist jedoch überall regelmäßiger Standard.

Die acht im Themenschwerpunkt Asyl engagierten Entwicklungspartnerschaften mussten allerdings zunächst lernen, dass das deutliche Brüsseler Interesse an einer Verbesserung der Arbeitsintegration von Asylbewerbern und Flüchtlingen nicht zwangsläufig seine Entsprechung in bei der deutschen Regierung findet.

Ähnliche Erfahrungen machte unlängst einmal mehr auch die EU, die ihr Interesse an einem frühzeitigen Arbeitsmarktzugang für AsylbewerberInnen in den Kommissionsvorschlägen zur *Richtlinie über die Aufnahme von AsylbewerberInnen* deutlich gemacht hatte. Die Richtlinie orientiert auf einen generellen Arbeitsmarktzugang nach sechs-

monatigem Aufenthalt. Das vorläufige Scheitern dieser Vorschläge und die Zurückweisung in die Mitgliedstaaten, macht zum einen den in Brüssel bestehenden bundesdeutschen Einfluss deutlich. Es lehrt jedoch auch, dass die diskriminierungsfreie Arbeitsmarktteilhabe bleiberechtsungesicherter Flüchtlinge vor allem aus den Mitgliedstaaten, insbesondere Deutschlands, heraus erreicht werden muss.

Auch für die Asyl-Entwicklungspartnerschaften waren und sind so manches intensive Direktgespräch und umfangreiche Korrespondenzen notwendig, um auf Bundes- und Landesebene Verständnis für das beispielhafte integrationspolitische Profil und die besondere Förderungswürdigkeit ihrer flüchtlingsorientierten Angebote zu erreichen.

Die Bildung einer Bundesarbeitsgemeinschaft der deutschen Asyl-Entwicklungspartnerschaften – schon bevor die themenbezogene nationale Netzwerkbildung seitens des BMWA angedacht wurde – war also konsequent und hat sich auch bezüglich der anstehenden Aufgaben im Bereich des politischen Mainstreamings in Richtung Berlin wie Brüssel gleichermaßen als folgerichtig erwiesen.

In diesem Zusammenhang ist für die BAG die im Rahmen der transnationalen Kooperationen der einzelnen Entwicklungspartnerschaften stattfindende europäische Vernetzung noch ausbaufähig. Die BAG glaubt mit einer breiteren gesamteuropäischen Vernetzung der im Themenschwerpunkt Asyl engagierten Entwicklungspartnerschaften – insgesamt sind es nur ca. 40 – nicht nur den sachbezogenen Wissenstransfer mehr Nachhaltigkeit zukommen lassen zu können. Auch der strategische Umgang mit den in den verschiedenen Nationalregierungen möglicherweise unterschiedlich ausgeprägten Vorbehalten gegen eine erfolgreiche Arbeitsintegrationsförderung von Flüchtlingen könnten im Rahmen eines gesamteuropäischen Netzwerkes effektiver projiziert werden. Gleichzeitig ergäben sich Synergieeffekte für die Arbeit der *Asylumseekers European Thematic Group* und das politische Mainstreaming auf europäischer Ebene.

Die erfolgreiche und nachhaltige Bekämpfung von Diskriminierungen auf dem Arbeitsmarkt findet bei den im Themenschwerpunkt Asyl tätigen Entwicklungspartnerschaften mit doppeltem Interesse statt: Die projizierten Innovationen dienen der gezielten Förderung und nachhaltigen Partizipation der üblicherweise umfassend marginalisierten Gruppe der Flüchtlinge. Darüber hinaus fördern die in den Entwicklungspartnerschaften erarbeiteten Erfahrungen für die Aufnahmegesellschaft die Möglichkeiten, mittelfristig

rassistische Vorurteile und Klischees sowie derzeit noch bestehende migrations-, arbeitsmarkt- und bildungspolitische Selbstbehinderungen zu überwinden.

Die unter dem Dach der Bundesarbeitsgemeinschaft zusammengeschlossenen Equal-Asyl-Entwicklungspartnerschaften sind hochmotiviert, sich für diese Ziele zu engagieren.



Wer sind wir?

Die Entwicklungspartnerschaft „Qualifizierungsinitiative für Asylbewerber/-innen und Flüchtlinge in Hamburg“ ist ein Zusammenschluss verschiedener Akteure aus Flüchtlingsberatungsstellen, Jugendhilfeträgern, MigrantInnenvereinen, Bildungs- und Beschäftigungsträgern sowie schulischen Einrichtungen. Ebenso beteiligt sind zuständige Hamburger Fachbehörden, die Bundesanstalt für Arbeit, die Handwerkskammer und Wirtschaftsunternehmen.

Was machen wir?

Es sollen insgesamt 16 Teilprojekte bei verschiedenen Einrichtungen installiert werden, die Flüchtlinge darin unterstützen, sich zu qualifizieren und auf dem Arbeitsmarkt Fuß zu fassen. Hierbei handelt es sich um z.T. modularisierte und sich ergänzende Angebote aus den Bereichen Berufsbezogenes Deutsch, Qualifizierung in verschiedenen Berufsfeldern, betriebliche und außerbetriebliche Ausbildung, Beratung, Therapie, Coaching sowie herkunftssprachlicher Unterricht. Darüber hinaus sollen in Fortbildungen und Trainingsangeboten didaktische und interkulturelle Kompetenzen des Lehr- und Verwaltungspersonals gefördert werden. Über die Ebene der Teilprojekte hinaus hat sich die Entwicklungspartnerschaft durch die Beteiligung von Akteuren unterschiedlichster Ressorts und Bereiche des Qualifizierungs- und Arbeitsmarktes bereits zu einem vielschichtigen Netzwerk entwickelt, das eine tragfähige Basis für die Durchführung der geplanten Aktivitäten bietet und neue Impulse für die Kooperation über die Entwicklungspartnerschaft hinaus setzen kann.

Warum tun wir das?

In Hamburg ist die Zahl der Asylsuchenden, Bürgerkriegsflüchtlinge und geduldeten Personen traditionell vergleichsweise hoch. Im Jahre 2000 hatten ca. 25.000 Personen keinen auf Dauer angelegten Aufenthaltsstatus: ein Großteil dieser Personen fällt unter die EQUAL-Zielgruppe. Bei den Zahlen der ErstantragstellerInnen gab es bis zum Jahr 2001 eine leichte jährliche Steigerung. Dabei stellen Afghanen die zahlenmäßig größte Gruppe. Daneben auch der Anteil minderjähriger unbegleiteter Flüchtlinge vergleichsweise hoch.

Die Ziele und Strategien der Entwicklungspartnerschaft konzentrieren sich auf vier Handlungsfelder:

- Zugänge erleichtern und verbessern
Um den Übergang zu Qualifizierung und Ausbildung zu verbessern, sollen neue Kooperationsformen installiert werden, die Schnittstellen in Bezug auf die Zuständigkeiten einzelner Institutionen sinnvoll verknüpfen und Hindernisse zwischen verschiedenen Formen der Förderung und Unterstützung überwindet. Die Zusammenarbeit soll durch den Verbund der Einrichtungen in der Netzwerkstruktur verdichtet werden.
- Entwicklung und Erprobung verschiedener zielgruppenspezifischer Konzepte zur Qualifizierung und Ausbildung
Es sollen Ausbildungs- und Qualifizierungskonzepte vorgelegt werden, die von ihrer inhaltlichen Gestaltung und den Rahmenbedingungen auf die jeweilige Zielgruppe zugeschnitten sind. Dabei soll an die Projekterfahrungen aus den vorangegangenen Maßnahmen zur beruflichen Qualifizierung für MigrantInnen angeknüpft werden. Vor dem Hintergrund einer realen Versorgungslücke richten sich die Teilmaßnahmen an mehrere Zielgruppen, knüpfen an unterschiedliche Teilnahmevoraussetzungen an und bieten sowohl Teil- als auch Abschlusszertifizierungen.
- Entwicklung neuer zielgruppen- und arbeitmarktpolitischer Ansätze zur Überwindung besonderer Benachteiligungen
Zu den besonders benachteiligten Zielgruppen zählen in Hamburg u.a. Menschen, die aufgrund von Folter oder anderer Umstände in ihren Herkunftsländern als Opfer von Verfolgung traumatisiert sind sowie die Gruppe der Afrikaner, die von dem bestehenden Regelangebot besonders schlecht aufgefangen wird. Für diese Ziel-

gruppen werden spezifische Angebote u.a. bei zwei MigrantInnenselbstorganisationen im Bereich Beratung, Orientierung und Qualifizierung mit dem Ziel der psychosozialen Stabilisierung und langfristig der Arbeitsmarktintegration vorgehalten. Gleichzeitig dienen diese Teilprojekte der Stärkung der MigrantInnenselbstorganisationen.

- MultiplikatorInnenschulung / Einleitung interkultureller Öffnungsprozesse
Um ergänzend zu den Maßnahmen eine möglichst nachhaltige Wirkung zu erzielen, werden gleichzeitig Schritte eingeleitet, die den Erwerb von interkultureller Kompetenz als Schlüsselqualifikation für den Umgang mit Zielgruppen nichtdeutscher Herkunft sichern und damit eine interkulturelle Öffnung von Regeleinrichtungen vorantreiben.

Wohin wollen wir in Europa gehen?

Über die Hamburger Entwicklungspartnerschaft und die Bundesebene hinaus kooperiert die „Qualifizierungsoffensive für Asylbewerber/innen und Flüchtlinge“ auf europäischer Ebene mit vier weiteren Asyl-Entwicklungspartnerschaften aus Frankreich, Großbritannien und Italien in der Transnationalen Partnerschaft DASRIE (Developing Asylum Seeker and Refugee Integration into Europe). Ziel der transnationalen Arbeit ist es, Konzepte zur Stabilisierung und Qualifizierung von Asylbewerber/innen und Flüchtlingen im europäischen Vergleich auszutauschen. Dabei sollen best-practice-Modelle aus den Bereichen „lokale Kooperationsformen“ und „Angebotsstrukturen“ weiterentwickelt und vor Ort erprobt werden.

Entwicklungspartnerschaft

„Qualifizierungsoffensive für Asylbewerber/innen und Flüchtlinge in Hamburg“

Beteiligte Akteure

12 Partner mit 16 Teilprojekten:

- AWO Landesverband Hamburg e.V.;
- Schulinformationszentrum;
- Institut für Lehrerfortbildung;
- Woge e.V.;
- Verein der Freunde und Förderer der Fachschule für Sozialpädagogik I;

- Landesbetrieb Erziehung und Berufsbildung;
- ABAKUS Gesellschaft für Arbeit, Berufsausbildung, stadtteilorientierte Kulturarbeit und soziale Integration mbH;
- Verikom – Verbund für Interkulturelle Kommunikation und Bildung e.V.:
- Gesellschaft zur Unterstützung von Gefolterten und Verfolgten e.V.;
- Beschäftigung und Bildung e.V.;
- Koordinationsrat der Iranerinnen und Iraner in Hamburg e.V.;
- Zentrum zur beruflichen Qualifizierung & Beratung e.V.;

Strategische Partner:

- Arbeitsamt Hamburg
- Amt für Berufliche Bildung und Weiterbildung der Behörde für Bildung und Sport
- Amt für Soziales und Rehabilitation der Behörde für Soziales und Familie,
- Soziale Dienste in Unterkünften, Behörde für Soziales und Familie,
- Senatsamt für die Gleichstellung;
- Hamburger Universität für Wirtschaft und Politik;
- Universität Hamburg

- Deutsches Rotes Kreuz, Landesverband Hamburg e.V.;
- Diakonisches Werk, Fachbereich Migration;

- Rackow Schule gGmbH,
- Autonome Jugendwerkstätten Hamburg e.V.;
- STATTBAU HAMBURG Stadtentwicklungsgesellschaft mbH,
- Hamburger Arbeitskreis Asyl e.V.
- Africa-Club e.V.

- Jugendhilfe Ottensen e.V.;
- Woge – Das junge Gästehaus gGmbH;
- Stolze GmbH
- Hollenbach GmbH
- Pflegehilfe Hamburg gGmbH
- BARTSCH Elektrotechnik GmbH
- Glaserei Peper

Berufliche Qualifizierung von Flüchtlingen in Regellaßnahmen

Das Projekt „**Berufliche Qualifizierung von Flüchtlingen in Regellaßnahmen**“ im Rahmen des EQUAL-Programmes wird von einer **Thüringer Entwicklungspartnerschaft** umgesetzt, an der folgende Institutionen mit Teilprojekten beteiligt sind:

- ▶ **DGB BildungswerkThüringen e.V.:** www.dgb-bwt.de

Koordination der Entwicklungspartnerschaft, Interkulturelle Multiplikatoren-schulung, Transnationale Koordination

- ▶ **Flüchtlingsrat Thüringen e.V.:** www.fluechtlingsrat-thr.de

Sozialpädagogische Absicherung der Beschäftigungsfähigkeit, Empowerment der Teilnehmer/innen, Basiskontakte

- ▶ **Gesellschaft zur Förderung von Innovation und Arbeitsorientierter Bildung mbH :** www.giab.de

Modellhafte Qualifizierung und Koordination der Qualifizierung von Asylsuchenden

- ▶ **Struktur- und Technologieberatungsagentur für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Thüringen e.V.:** www.start-thueringen.de

(Prozess-) Evaluation

Unsere **Strategischen Partner** vor Ort sind:

- ▶ **auf der Ebene der Weiterbildungseinrichtungen,**
 - ▶ Gesellschaft für Internationale Wirtschaftsförderung & Management mbH (IWM), Erfurt
 - ▶ Informationsverarbeitung und angewandte Datentechnik GmbH (IAD GmbH), Erfurt
 - ▶ Fachhochschule Erfurt, Fachbereich Sozialwesen, Erfurt

- ▶ **auf der Ebene der Vereins- und Interessenverbände**

- ▶ Ausländerbeirat, Erfurt
- ▶ Arbeitsloseninitiative Thüringen e.V., Erfurt
- ▶ Arbeit und Leben e.V.
- ▶ DGB Land Thüringen
- ▶ Kommunales Frauenzentrum, Erfurt
- ▶ Aktionskreis für den Frieden e.V., Erfurt

▶ **auf der administrativen Ebene.**

- ▶ Arbeitsamt Erfurt
- ▶ Sozialamt Erfurt

Unter dem Namen „**ASPIRE! - Asylum Seekers Participation Is Reality!**“ sind folgende Projekte in unserer **transnationalen Partnerschaft** zusammen geschlossen:

- ▶ SONAS Ireland Ltd., Ireland
- ▶ Sticing Regionaal Opleidingscentrum Drenthe/Drenthe College, Netherlands
- ▶ Acolhimento e Integração de Refugiados/Conselho Português para Refugiados, Portugal
- ▶ Arrival Goteborg, Sweden
- ▶ RE-KOMP, Uppsala Kommun, Sweden
- ▶ SpuK – Sprache und Kultur, Caritasverband für die Diözese Osnabrück e.V., Germany
- ▶ Organisation for Aid to Refugees, Czech Republic (Associated Partner)
- ▶ Berufliche Qualifizierung von Flüchtlingen in Regelmaßnahmen, Thüringen/Germany (s.o.)

Unser Projekt konkret (Laufzeit bis Juni 2005):

Voraussichtliche Laufzeiten der Weiterbildungsmaßnahmen:

Kurs 1: 11/ 2002 – 10/2003, Kurs 2: 7/ 2003 – 6/ 2004, Kurs 3: 2/ 2004 – 1/ 2005

- drei Monate Sprachkurs Deutsch
- drei Monate Anpassungsmaßnahme (z.B. Computer, Recht, soziale Kompetenzen, Training der Schlüsselqualifikationen)
- sechs Monate fachliche Qualifizierung durch fachspezifische Teilnahme an Modulen in Regelmaßnahmen
- begleitende sozialpädagogische Absicherung der Beschäftigungsfähigkeit
- Gestaltung eines Netzwerkes zur beruflichen Qualifikation und Integration
- Interkulturelle Qualifikation von Multiplikator/innen (insbesondere Lehr- und Ausbildungspersonal)
- regionale und transnationale Vernetzung für horizontales und vertikales Mainstreaming
- prozessbegleitende Evaluation

Regionalpolitische Rahmenbedingungen

Rassismus und Fremdenfeindlichkeit haben in Thüringen ein Ausmaß erreicht, welches bereits unbestritten zu einem spürbaren Imageverlust des Kultur- und Wirtschaftsstandortes beiträgt.

Dies verlangt umgehend nach regionalen Maßnahmen, die gesellschaftspolitische Korrekturen einleiten. Grundvoraussetzung für eine solche nachhaltige Emendation ist die Herstellung direkter Begegnungsmöglichkeiten zwischen Deutschen und Migrant/innen, sei es in privaten, kulturellen Umgebungen oder in Arbeits- und Qualifizierungs- zusammenhängen.

In Thüringen leben derzeit etwa 7.200 Asylbewerber/innen und Flüchtlinge. Trotz ihrer, statistisch gesehen, eher zu vernachlässigenden Größe wird diese Gruppe von breiten Teilen der Bevölkerung als unverkraftbare Last für die Sozialsysteme wahrgenommen. Der bereits bestehenden generellen gesetzlichen Ausgrenzung vom sozialen Sicherungssystem bzw. dem absoluten Nachrang bei Zugangsmöglichkeiten zum Arbeitsmarkt wird hingegen keine Bedeutung beigemessen.

Thüringen ist überwiegend durch ländliche Strukturen geprägt - es gibt nur wenige größere Städte. Diese räumliche Situation und bestehende Aufenthaltsbestimmungen schränken den Kontakt von Angehörigen einzelner ethnischer-, kultureller- oder Glaubensgruppen zueinander zwangsweise stark ein.

Ein verwertbarer Überblick zu vorhandenen Qualifikationen von Flüchtlingen in Thüringen fehlt bisher, ebenso wie Kenntnisse darüber, welche bereits im Herkunftsland erworbenen beruflichen oder akademischen Abschlüsse in Deutschland nachgefragt werden könnten. Von Seiten der Flüchtlinge wird der Verlust ihrer beruflichen Kompetenz als ein Hauptproblem benannt, unabhängig davon, ob sie von einem dauerhaften Verbleib in Deutschland ausgehen oder in die Heimatländer zurückkehren können.

Kontakt: **EQUAL „Berufliche Qualifizierung von Flüchtlingen in Regelmaßnahmen“** – Gemeinschaftsbüro
Schlachthofstraße 19, 99085 Erfurt
Telefon: 0361/ 550 47 22
E-Mail: koordination.equal@dgb-bwt.de
Homepage: www.equal.dgb-bwt.de

FLUEQUAL

Projektbeschreibung

Die Entwicklungspartnerschaft (EP) wird koordiniert vom Verein "Tür an Tür e.V.", der in den letzten Jahren mehrere Projekte in der Flüchtlingsarbeit durchführte. Als operative Partner der EP haben sich verschiedene Träger vernetzt, die langjährige Erfahrung in der Flüchtlingsarbeit, der Asylberatung und der Qualifizierung von MigrantInnen vorweisen können. Im Einzelnen sind dies: Wohnungs- und Flüchtlingsamt der Stadt München, Euro-Trainings-Centre e.V.

(München), Schlau-Projekt (München), Station 2 e.V. (München), SOS-Ausbildungszentrum (Nürnberg), Asylberatungsstelle des Diakonischen Werkes Schwabach, Augsburger Deutschkurse und Tür an Tür e.V. (Augsburg). Unterstützt werden diese Teilprojekte von einem Netzwerk diverser strategischer Partner, denen neben Arbeitnehmer- und Arbeitgeberorganisationen auch Verbände, Ausländer- und Flüchtlingsräte, kommunale Dienststellen und Vereine angehören.

Die EP "FLUEQUAL" ist auch Sekretariat der transnationalen Partnerschaft "NEAR" in der sie mit EP's aus Frankreich (Calais), Schweden (Linköping) und Griechenland (Athen) zusammenarbeitet. Schwerpunkte der transnationalen Arbeit mit Flüchtlingen sind: ein europäischer Austausch über Qualifizierungsmaßnahmen, der qualifizierte Einsatz von ehrenamtlichen MitarbeiterInnen, neue Techniken in der Arbeit mit Flüchtlingen und eine Europäisierung des Asyl- und Flüchtlingsrechtes.

Die Evaluation des Projektes wird von MitarbeiterInnen der "Stelle für interkulturelle Zusammenarbeit" der Stadt München und dem Deutschen Jugendinstitut durchgeführt.

Maßnahmen

Die Teilprojekte der EP "FLUEQUAL" führen Qualifizierungsmaßnahmen für AsylbewerberInnen und Flüchtlinge durch, die dieser Zielgruppe den Zugang zum deutschen Arbeitsmarkt bzw. - bei einer evtl. Rückkehr in ihr Herkunftsland - den Zugang zum dortigen Arbeitsmarkt ermöglichen sollen.

Konzeptionell unterscheiden wir die stark heterogene Zielgruppe der Asylsuchenden und Flüchtlinge in zwei Untergruppen, für die jeweils gesonderte Bedürfnisse zu erkennen sind:

- Kinder und Jugendliche von AsylbewerberInnen und alleinstehende minderjährige Flüchtlinge,
- Erwachsene AsylbewerberInnen und Flüchtlinge.

Für beide Gruppen sind Sprachkurse und Angebote der beruflichen sowie sozialen Orientierung notwendig, um sie für die Zeit, in der sie in Deutschland leben, in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Die Qualifizierungsangebote verbessern für diesen Personenkreis aber auch - wenn nötig - die Reintegration in den jeweiligen Herkunftsländern. Die Gruppe der minderjährigen Flüchtlinge benötigt daneben zusätzliche Bildungsangebote, um für sich eine Lebensperspektive hier oder in ihrem Heimatland entwickeln zu können. Die Bildungsangebote ermöglichen dieser Zielgruppe zudem die Chance, einen Beruf erlernen zu können oder zumindest Fähigkeiten zu erlangen, mit denen sie ihren Lebensunterhalt selbst bestreiten können.

Allen Projekten gemeinsam ist:

Assessment

Sprachkursmodule als Grundlage für berufliche Qualifikation

Soziale und berufliche Orientierung

Vermittlung von EDV-Kenntnissen

Multiplikatorenschulungen

Verbesserung der Chancengleichheit von Mädchen bzw. Frauen

Abbau von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit

Die Einzelprojekte haben je nach geographischer Lage unterschiedliche Schwerpunkte.

In den Ballungsräumen von München und Nürnberg gibt es ungleich mehr Jugendliche und unbegleitete minderjährige Flüchtlinge (UMF) als in Augsburg und Schwabach.

Deshalb liegt hier ein Schwerpunkt der Maßnahmen auf Angeboten für diese Zielgruppe (schulanaloger Unterricht in München, berufsvorbereitende Maßnahmen in München und Nürnberg, Berufsausbildung in Nürnberg).

Bei den Qualifizierungsmaßnahmen wurden unterschiedliche Modelle erarbeitet, deren Wirksamkeit erprobt, weiterentwickelt und verglichen werden soll:

- Bildungsrucksack (München): Ausgehend von den individuellen Fähigkeiten des einzelnen Flüchtlings werden Qualifizierungsmaßnahmen passgenau angeboten.
- Qualifizierungsangebote für diverse Berufsfelder (SOS Nürnberg): Neben den Ausbildungsangeboten für Jugendliche bietet das SOS-Berufsausbildungszentrum Nürnberg auch modulare Teilqualifizierungsangebote in verschiedenen Berufsfeldern an.
- Berufliche Qualifizierungsmaßnahmen (Schwabach): Hier werden in separaten Lehrgängen Grundkenntnisse in den Arbeitsfeldern des pflegerisch-hauswirtschaft-

lichen, des EDV- und Logistik-Bereichs vermittelt. Ein spezieller Lehrgang im Bereich Textilverarbeitung soll Frauen eine Existenzgründung in ihrem Herkunftsland ermöglichen.

- Maßnahmen zur Verbesserung der Beschäftigungsfähigkeit und Berufsorientierung (Augsburg): Hier werden vier aufeinander aufbauende Module angeboten, die vom Spracherwerb über berufliche und gesellschaftliche Orientierung, Betriebspraktika und Bewerbungstrainings bis hin zur Hilfe bei der Arbeitsplatzsuche alle Inhalte vernetzen. Flüchtlinge werden in diesem Projekt zusätzlich von ehrenamtlichen MitarbeiterInnen begleitet.

Einzelne Maßnahmen (z.B. Bildungsrucksack, Bewerbungstraining, Kinderbetreuung usw.) können, falls sie sich als erfolgreich erweisen, problemlos auf andere Projekte übertragen und in diese integriert werden.

Regionale Bedingungen:

Strukturell betrachtet gibt es in Bayern für alle traditionellen Zuwanderergruppen Orientierungs- und Beratungsangebote, nicht aber in ausreichendem Maße für Flüchtlinge. Im ersten Jahr des Asylverfahrens fallen Flüchtlinge unter das Arbeitsverbot. Anschließend arbeiten viele von ihnen in geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen bzw. bei versicherungspflichtigen Beschäftigungen im Niedriglohnsektor, unabhängig von Qualifikationen, die sie mitbringen.

Es ist im Interesse der Gesellschaft und im Eigeninteresse der Flüchtlinge, dass Integrationsangebote möglichst früh ansetzen und dass die Fähigkeiten und Möglichkeiten, die Flüchtlinge mitbringen, optimal genutzt und gefördert werden und somit die Startnachteile, die sie mehr noch als andere MigrantInnengruppen haben, überwunden werden können. Insbesondere die sprachliche und berufliche Integration ist dabei von zentraler Bedeutung.

Die allen BürgerInnen offen stehenden Institutionen (z.B. Beratungsstellen) und Angebote (z.B. EDV-Kurse) sind aus unterschiedlichen Gründen auf diese Aufgabe nicht vorbereitet. Dies hat zum einen sprachliche Gründe, zum anderen fehlt es häufig an einer flüchtlingsgerechten sowie interkulturellen Fundierung und Ausrichtung der Maßnahmen.

Es bedarf aus diesem Grunde eines Zwischengliedes im System der Fachberatung, Orientierung und Qualifikation, das die Aufgabe hat, Flüchtlinge in ihrem Orientierungs- und Integrationsprozess zu begleiten, bis diese in der Lage sind, das Regelangebot zu nutzen - dies ist

auch für potentielle RückkehrerInnen sinnvoll und geboten. Die EP „FLUEQUAL“ stellt sich dieser Aufgabe.

Weitere Informationen bei

EP "FLUEQUAL"
Stephan Schiele
c/o Tür an Tür e.V.
Schießgrabenstr. 14
86150 Augsburg
Tel.: 0821/90799-13
Fax: -11
e-mail: stephan.schiele@tuerantuer.de

QUASIE

Qualification for Asylum-Seekers in Europe

KURZBESCHREIBUNG

Was wollen wir?

Unser Ziel ist es, die berufliche und soziale Integration von AsylbewerberInnen zu fördern und somit Diskriminierungen und Ungleichheiten auf dem Arbeitsmarkt zu bekämpfen.

Wer sind wir?

Das Projekt QUASIE (Qualification for Asylum-Seekers in Europe) ist im Rahmen der EU-Gemeinschaftsinitiative EQUAL vom Volkshochschulverband Baden-Württemberg e. V. zusammen mit 10 unterschiedlichen Partnern aus der Flüchtlingsarbeit, Wohlfahrtspflege, Berufs- und Weiterbildung konzipiert worden. Die kommunalen Spitzenverbände Baden-Württembergs, Handwerks-, Industrie- und Handelskammern, Arbeitgeberverbände und der DGB unterstützen das Projekt strategisch. Direkt im Themenfeld Migration erfahren wirken Ausländerbeauftragte, Sozialämter und Arbeitsämter bei uns mit. Grundsätzlich ist das Netzwerk QUASIE für neue Partner offen.

Was machen wir?

Jeder Partner bringt seine Fachkenntnisse in das Konzept unseres Projektes QUASIE ein und gestaltet somit innovative und zukunftsfähige Kooperationsmodelle im Asylbereich.

Der modulare Aufbau des Konzepts ermöglicht den teilnehmenden AsylbewerberInnen, ihre Qualifizierung je nach individuellem Bedarf mit Alphabetisierungs- oder Sprachkursen zu beginnen. Sobald die sprachlichen Voraussetzungen gegeben sind, können in vielen Berufen wie z.B. Bäcker, Friseur, Elektriker, im Ökologischem Garten- und Landschaftsbau sowie im EDV-Bereich Schulungen bzw. Ausbildungen erfolgen. Während der Qualifizierung steht ein Betreuungsangebot für Kinder zur Verfügung.

SozialpädagogInnen betreuen die Teilnehmenden während des Projekts: Darunter verstehen wir vor allem psychosoziale Hilfe und Begleitung bei der Orientierung im Alltag und Beruf. Zur Erweiterung der interkulturellen Kompetenzen von MitarbeiterInnen, die in Einrichtungen zur Unterstützung von AsylbewerberInnen arbeiten, werden Schulungen angeboten.

Zusammen mit unseren strategischen Partnern entwickeln wir weiterführende Konzepte zur Stellenvermittlung von AsylbewerberInnen auf dem hiesigen Arbeitsmarkt oder im Herkunftsland, so dass die Qualifizierungsmaßnahmen in eine tatsächliche Beschäftigung und damit zukünftige Unabhängigkeit von öffentlichen Mitteln münden werden.

Weshalb tun wir das?

Der gestattete oder geduldete Aufenthalt in Baden-Württemberg und die Angst vor einer Rückkehr ins unsichere Heimatland machen Zukunftsplanungen für AsylbewerberInnen schwierig. Der Zugang zur beruflichen Aus- und Weiterbildung oder zum Arbeitsmarkt ist ihnen oftmals verwehrt. In dieser Lebenssituation ist die berufliche Qualifizierung und Beschäftigung ein **Stabilisierungsfaktor**, der den Tag strukturiert und allmählich zu einer Stärkung des Selbstvertrauens und der Selbständigkeit führt. So bewirkt QUASIE den Gewinn von wertvollen MitarbeiterInnen für den europäischen Arbeitsmarkt. Darüber hinaus werden die teilnehmenden AsylbewerberInnen durch QUASIE in das „normale“ Leben integriert und nicht kriminalisiert. Im Rahmen dieses Projektes werden

- das **Selbstvertrauen** bei AsylbewerberInnen nach langen Phasen ohne Beschäftigung gestärkt,
- die **defizitären Unterstützungsstrukturen** durchbrochen,
- Wege in die **qualifizierte Arbeit** erprobt und
- die **interkulturellen Kompetenzen** bezüglich der Zielgruppe bei MultiplikatorInnen und TrainerInnen verbessert.

Wohin wollen wir in Europa gehen?

Parallel zu den Maßnahmen für AsylbewerberInnen sowie den Strategietreffen auf regionaler und landesweiter Ebene mit unseren Partnern sind wir in Kooperation mit anderen europäischen Projekten zur Qualifizierung von AsylbewerberInnen. Unsere transnationalen Partner kommen aus den Niederlanden und aus Österreich.

Mit ihnen zusammen wollen wir die eigenen Konzepte modifizieren, angleichen und ein verbessertes Gesamtkonzept etablieren. Unser kontinuierlicher Informations- und Erfahrungsaustausch wird zu einer Verbesserung der europäischen Kooperation im Asylbereich führen und bezweckt die Verankerung neuer strategischer Konzepte in die europäische Asylpolitik.

QUASIE-Partner

Gesamtprojektleitung

Volkshochschulverband Baden-Württemberg e. V.

Bildungsträger (Sprach- und Computerkurse)

Volkshochschule Heidelberg e.V.

Volkshochschule Nürtingen

Volkshochschule Stuttgart e.V.

Wohlfahrtsverbände (Assessment und sozialpädagogische Begleitung)

Arbeitsgemeinschaft Dritte Welt e.V.

Asylarbeitskreis Heidelberg e.V.

Berufsbildner

inbus e.V.

Sozialunternehmen Neue Arbeit Stuttgart gGmbH

IB-Bildungszentrum Stuttgart

Verein zur beruflichen Integration und Qualifizierung e.V.

Mittelverwaltung

DRK-LV Baden Württemberg e.V.

Evaluation

AGEF gGmbH – Arbeitsgruppe Entwicklungshilfe und Fachkräfte Saar

Weitere Projektinformationen bei der
Geschäftsstelle QUASIE
Tel: +49 711 / 75 85 83 61
Mobil: +49 01717182504
Email: quasie@vhs-bw.de
Internet: www.quasie.de

SEPA

Saarländische Entwicklungspartnerschaft Asylbewerber und Flüchtlinge

Was wollen wir?

Unser Ziel ist es, die bestehenden **Ausgrenzungen** von Asylbewerber und Flüchtlingen auf dem **Arbeits- und Bildungsmarkt** einerseits politisch zu thematisieren und andererseits durch konkrete Maßnahmen die bestehenden Einschränkungen - soweit rechtlich möglich - auszugleichen.

Wir wollen im Saarland versuchen, für diese Personengruppe schrittweise Verbesserungen im Sinne einer europäischen Harmonisierung und der Beachtung der Menschenrechte voranzutreiben.

Wer sind wir?

SEPA ist die "**Saarländische Entwicklungspartnerschaft Asylbewerber und Flüchtlinge**", die im Rahmen der EU-Gemeinschaftsinitiative EQUAL von Wohlfahrtsverbänden, Bildungsträgern, Forschungseinrichtungen und Nichtregierungsorganisationen geschaffen wurde. An diesem Arbeitsverbund beteiligen sich auch Ministerien der saarländischen Landesregierung, das Landesarbeitsarbeit Rheinland-Pfalz/Saarland und die Handwerkskammer des Saarlandes. Grundsätzlich ist SEPA für neue Partner offen.

Was machen wir?

SEPA bietet ein **Beratungs- und Qualifizierungsprogramm** an, das sich an alle Flüchtlinge mit unsicherem Aufenthaltsstatus wendet.

In der **Beratung** werden neben den rechtlichen Möglichkeiten für die Arbeitsaufnahme in Deutschland die vorhandenen Qualifizierungsmöglichkeiten angesprochen. Diese **Qualifizierungsmaßnahmen** beginnen bei Jugendlichen mit sprachlicher und schulischer Förderung, die

einen qualifizierten Schulabschluss als Eingangsvoraussetzung für das Berufsleben ermöglichen sollen. Weitergehende Kurse orientieren auf die Anforderungen der Arbeitswelt und erlauben die Aneignung von Schlüsselqualifikationen und Grundfertigkeiten. Diese Angebote wenden sich vor allem an Jugendliche und junge Erwachsene, aber auch an Personen, die durch Kriegswirren und Verfolgung in besonderer Weise psychisch beeinträchtigt sind.

Überall da, wo die rechtlichen Voraussetzungen es erlauben, werden die Anstrengungen dieser Flüchtlinge, durch Arbeitsaufnahme auch wirtschaftlich ein freies und eigenständiges Leben zu führen, von SEPA unterstützt.

SEPA berät nicht nur die Personen, deren Zukunft für eine unsichere Zahl von Jahren **in Deutschland** liegt. Darüber hinaus wendet sich SEPA auch denjenigen zu, die aus eigenem Antrieb oder aufgrund der Rechtslage **in ihr Heimatland** zurückkehren werden. Auch für diesen Personenkreis der Rückkehrer liegt der Schlüssel für eine bessere Zukunft in eigener beruflicher Tätigkeit. In einigen Heimatländern wird die berufliche Reintegration durch Arbeitsvermittlung, arbeitsplatzbezogene Qualifizierung und Existenzgründungsdarlehen gefördert. SEPA will den Zugang zu solchen Fördermöglichkeiten erleichtern.

Weshalb tun wir das?

Asylbewerber und geduldete Flüchtlinge sind in doppelter Hinsicht in einer unsicheren Situation - nicht mehr im Heimatland, und rechtlich nicht in Deutschland angekommen. Diese Zwischenstation engt eine eigenständige Zukunftsplanung extrem ein und verweigert weitgehend das Recht durch eigene Arbeit den Lebensunterhalt zu verdienen. Die Unterbringung in Sammelunterkünften und die erzwungene Untätigkeit beeinträchtigen die individuelle Entwicklung von Jugendlichen, sie lähmen die Fähigkeit zur Eigenverantwortung, belasten die öffentlichen Haushalte und stellen eine Verschleuderung menschlicher und materieller Ressourcen dar.

SEPA will diese Ausgrenzung aufheben durch konkrete Fördermaßnahmen für die Betroffenen und Dialog mit den gesellschaftlichen Gruppen an der Saar und auf Bundesebene.

Wohin wollen wir in Europa gehen?

Parallel zu den Maßnahmen für AsylbewerberInnen sowie den Strategietreffen mit unseren regionalen und nationalen Partnern agieren wir außerdem in enger Kooperation mit anderen europäischen Projekten zur Qualifizierung von AsylbewerberInnen.

Mit unseren niederländischen Partnern wollen wir eigene Konzepte modifizieren, angleichen und ein verbessertes Gesamtkonzept entwickeln. Unser kontinuierlicher Informations- und Erfahrungsaustausch soll zu einer Verbesserung der europäischen Kooperation im Asylbereich führen und bezweckt die Verankerung neuer strategischer Konzepte in der europäischen Asylpolitik.

Die operativen SEPA-Partner:

- Caritas-Verband für die Diözese Trier e.V., Trier (Zuwendungsempfänger)
- Caritas-Verband für die Region Saar-Hochwald e.V., Saarlouis (Teilprojekt Qualifizierung)
- Katholische Erwachsenenbildung, e.V., Lebach (Teilprojekt Qualifizierung in Lebach)
- Internationaler Bund - Bildungszentrum Pfalz /Saarland (Teilprojekt Qualifizierung in Fechingen)
- DRK-Landesverband Saarland, Saarbrücken (Teilprojekt Beratung)
- Isoplan-Institut für Entwicklungsforschung, Wirtschafts- und Sozialplanung GmbH, Saarbrücken (Teilprojekt Weißbuch)
- INFO-Institut, Saarbrücken (Mittelverwaltung)
- EFB, Universität des Saarlandes und AGEF gGmbH, Berlin (Interne und transnationale Koordination, Evaluation)

Kontakt:

SEPA-Koordination

Dr. Hermann Schönmeier

Am Markt, Zeile 6

66125 Saarbrücken

Tel.: 0681 – 302 64 266

Fax: 0681 – 302 64. 162

e-mail: h.schoenmeier@mx.uni-saarland.de

TransSpuK

Transfer von Sprache Und Kultur und zu Strukturveränderungen in der Gesundheits- und Sozialversorgung

Projektbeschreibung

- **Wer sind wir ?**

Das transnationale Projekt TransSpuK ist im Rahmen der EU-Beschäftigungsinitiative Equal von unterschiedlichen Partnern (s. Akteure) aus der Flüchtlingsarbeit, Berufs- und Weiterbildung, Wohlfahrtspflege, Gewerkschaften und Kommunen konzipiert worden.

Das Landeszentrum für Zuwanderung NRW, die Ärztekammer Rheinland, die AOK Rheinland, das Psychosoziale Zentrum Düsseldorf, Krankenhäuser, Beratungsstellen, Hilfsorganisationen und Forschungsinstitutionen unterstützen das Projekt strategisch. Des Weiteren wirken das Arbeitsamt Wuppertal und 17 Sozialämter bei uns mit. Die Entwicklungspartnerschaft TransSpuK ist Mitglied der Bundesarbeitsgemeinschaft der „Asyl-Entwicklungspartnerschaften“ im Rahmen der Europäischen Gemeinschaftsinitiative EQUAL. Grundsätzlich ist das Netzwerk TransSpuK offen für neue Partner.

- **Was wollen wir ?**

Ziel des Projektes TransSpuK ist es, unmittelbar die berufliche und soziale Integration von AsylbewerberInnen zu fördern und somit Diskriminierungen und Ungleichheiten auf dem Arbeitsmarkt zu bekämpfen. Dies wollen wir durch Qualifizierungsmaßnahmen für Asylsuchende erreichen, die geeignet sind, eine Integration in den ersten Arbeitsmarkt zu gewährleisten, aber auch bei Rückkehr in das Heimatland den Aufbau einer neuen beruflichen Existenz ermöglichen.

Zentrales Ziel des Projektes, ist die Entwicklung und Umsetzung neuer Lösungsmodelle in der Gesundheitsversorgung von MigrantInnen die zu Strukturveränderungen

führen. Weitere Projektaktivitäten zielen auf Veränderungen in der interkulturellen Wahrnehmung und Kommunikation. Die auf drei Jahre ausgerichteten Projektaktivitäten sollen den Zugang zu medizinischen und sozialen Versorgungsstrukturen für MigrantInnen und die interkulturelle Kommunikation nachhaltig verbessern.

- **Was machen wir ?**

Die Entwicklungspartnerschaft TransSpuK bildet AsylbewerberInnen und Flüchtlinge in einem zu entwickelnden neuen Berufsfeld zu Sprach- und KulturmittlerInnen für die Gesundheits- und Sozialversorgung aus und unterstützt sie, auf dieser Grundlage eine berufliche Existenz aufzubauen. Dies ermöglicht der Regelversorgung strukturelle Veränderungen in Richtung auf interkulturelle Öffnung und trägt zur Wiederherstellung der Beschäftigungsfähigkeit von AsylbewerberInnen bei. Durch ihren Einsatz wird die medizinische und soziale Versorgung von Flüchtlingen und MigrantInnen verbessert und so die Überwindung individueller Beschäftigungshindernisse erreicht, die auf gesundheitlichen und sozialen Problemen beruhen. Zugleich werden neue Möglichkeiten geboten, migrationspezifische Problematiken zu klären, die auf Kommunikationsproblemen basieren.

Die Entwicklungspartner haben sich zum Ziel gesetzt, einen Beitrag zu strukturellen Veränderungen in der Gesundheits- und Sozialversorgung zu leisten. Weitere Projektbeiträge bestehen aus Multiplikatorenfortbildungen für Fachkräfte im Gesundheits- und Sozialbereich, Informationsangebote zu Gesundheitsthemen für Flüchtlinge und Aktivitäten zur Vernetzung im Gesundheits- und Sozialbereich sowie einem „Betrieblichen Betreuungsmanagement“, dessen Beitrag auf Strukturveränderungen in Unternehmen und Verbänden gerichtet ist.

Als Projektentwickler gehen wir davon aus, dass der Einsatz von Sprach- und Kulturmittlern und geschulten Multiplikatoren in der Gesundheits- und Sozialversorgung Kosten sparend wirkt, da Mehrfachberatungen und -behandlungen zukünftig weitgehend entfallen.

Die Entwicklungspartnerschaft TransSpuK fühlt sich dem Gender-Mainstreaming ebenso wie dem Anti-Rassismus verpflichtet. Eigene Fortbildungen hierzu sind Bestandteil des Projektes.

Weshalb tun wir das ?

Die Entwicklungspartnerschaft TransSpuK ist eine Reaktion auf die bisher noch ungenügende medizinische und soziale Versorgung von Migranten und Migrantinnen. Bei der Inanspruchnahme der Regelversorgung wirken sich Sprachprobleme, kulturelle Unterschiede sowie mangelnde Information und Sensibilisierung auf Nutzer- und Anbieterseite als Barrieren aus.

Flüchtlinge und andere MigrantInnen haben besondere Bedarfe bei der medizinischen, pädagogischen und sozialen Versorgung. Fremdheit und Orientierungsprobleme in der Aufnahmegesellschaft, teilweise traumatisierende Erfahrungen in den Herkunftsländern sind Gründe hierfür.

• Ziele unsere Projektaktivitäten

- Die Beschäftigungsfähigkeit von AsylbewerberInnen wiederherstellen, erhalten und erweitern sowie die mitgebrachten Kompetenzen/Ressourcen der AsylbewerberInnen nicht ungenutzt verkümmern lassen,
- Entwicklung eines neuen Berufsfelds „Sprach- und Kulturmittler im Gesundheits- und Sozialwesen“
- Defizite in der Gesundheits- und Sozialversorgung abbauen,
- entwicklungshemmende Strukturen verändern und
- die interkulturellen Kompetenzen aller ProjektteilnehmerInnen verbessern.

• Wohin wollen wir in Europa gehen ?

Parallel zu den Qualifizierungsmaßnahmen und den Strategietreffen auf regionaler und nationaler Ebene mit unseren Partnern sind wir Teil einer transnationalen Kooperation

europäischer Projekte im Themenschwerpunkt Asyl. Unsere Partner kommen aus Belgien, Griechenland, Italien, Luxemburg und den Niederlanden. Mit ihnen zusammen wollen wir die eigenen Konzepte modifizieren, angleichen und ein verbessertes Gesamtkonzept etablieren. Unser kontinuierlicher Informations- und Erfahrungsaustausch soll zu einer Verbesserung der Situation vor Ort und der europäischen Kooperation im Asylbereich führen und bezweckt die Verankerung neuer strategischer Konzepte in die europäische Asylpolitik.

Wuppertal, 19. Februar 2003

Kontakt:

Koordination: Regionalbüro R-S-W
Wolfgang Vach-Gonner
Stadt Wuppertal, Regionalbüro, 42269 Wuppertal
Email.: Wolfgang.Vach-Gonner@gb0.wuppertal.de
Tel.: 0202-5636532

Qualifizierungsmaßnahme zum Sprach- und Kulturmittler
Diakonie Elberfeld
Varinia S. Morales
Ludwigstr. 22, 42105 Wuppertal
Email: fluechtlingsberatung@t-online.de
Tel.: 0202-496970 Fax: 0202-453144

perspective

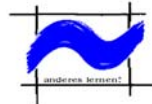
*Berufliche Qualifizierung
für Flüchtlinge
in Schleswig-Holstein*



1. Akteure der Entwicklungspartnerschaft ASYL Schleswig-Holstein



**Flüchtlingsrat
Schleswig-Holstein e.V.**
Oldenburger Str. 25; 24143 Kiel
ph: 0431 – 735 000; fax.: 0431 – 73 60 77
office@frsh.de; www.frsh.de;
AnsprechpartnerIn: Astrid Willer, Martin Link



**Bildungswerk
anderes lernen e.V./
Heinrich-Böll-Stiftung S-H**
Medusastr. 16; 24143 Kiel
ph: 0431 – 90 66 130, fax: 0431 90 66 134
boell.s-h@t-online.de;
Ansprechpartner: Heino Schomaker



**Pädagogische Alternative
Rendsburg (pädal) e.V.**
Berliner Str. 2; 24768 Rendsburg
ph: 04331 – 77 838; fax: 04331 – 77 265
mail@paedal-rendsborg.de;
Ansprechpartner: Joachim Unverfehrt



**Zentrale Beratungs- und
Betreuungsstelle für Ausländerinnen
und Ausländer in Schleswig-Holstein
(ZBBS) e.V.**
Sophienblatt 64A; 24114 Kiel
ph: 0431 – 2001150; fax: 0431 – 2001154
info@zbbs.inis-in-kiel.org;
Ansprechpartnerin: Pierrette Roussillatt

2. Strategische Partner von *perspective*

Bundes-, Landes- und Kommunalbehörden:

- Landesbeauftragter für Flüchtlings-, Asyl- und Zuwanderungsfragen Schleswig-Holstein
- Innenministerium Schleswig-Holstein
- Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales Schleswig-Holstein
- Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur Schleswig-Holstein
- Landesarbeitsamt Nord und Bezirksarbeitsämter
- Kreisverwaltung Nordfriesland

Kirche und Verbände

- Flüchtlingsbeauftragte der Nordelbischen ev. luth. Kirche
- Diakonisches Werk Landesverband Schleswig-Holstein
- Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband LV Schleswig-Holstein

Arbeitgebervertreter

- Handwerkskammer Lübeck
- Industrie- und Handelskammer zu Kiel

Weiterbildungsträger

- Landesverband der Volkshochschulen, Kiel
- Centre Culturel Francais de Kiel
- Kieler Forum Weiterbildung
- Interkulturelle Schule Fortbildung und Ausbildung, isfa
- Artefact – Globales Lernen Glücksburg
- Institut für Interkulturelles Training *Ifit* Kiel

Migrationsfacheinrichtungen und Selbstorganisation

- Lübecker Flüchtlingsforum e.V.
- Diakonisches Werk, Flüchtlingsberatung KK Niendorf, Norderstedt
- Fédération des Refugiés Togolais; FRTA

3. Transnationale Partner von *perspective*

Mit den Entwicklungspartnerschaften „PAV“ in Vejle / Dänemark und „Coast Revitalization“ in Livorno / Italien ist die Transnationale Kooperationspartnerschaft COAST LINKS gegründet worden.

4. Arbeitsprogramm und Qualifizierungsmaßnahmen

Im Mittelpunkt des Arbeitsprogramms der Entwicklungspartnerschaft stehen:

(1) die (Wieder-)Herstellung der individuellen beruflichen Handlungsfähigkeit durch die Qualifizierungsmaßnahmen

- *restart*
- *quita!*
- *mok wat*

In den Maßnahmen werden berufliche Basis- und Aufbauqualifikationen ebenso realisiert, wie Sprachförderung, qualifizierungsbegleitende Hilfen und sozialpädagogische Beratung.

(2) die Weiterbildung von Projektpersonal

(3) die stärkere Vernetzung von Unterstützungsstrukturen von AsylbewerberInnen und Flüchtlingen in Schleswig-Holstein.

perspective schafft individuell wählbare Qualifizierungsangebote für bleiberechtsungesicherte Flüchtlinge, die ganz unterschiedlichen Zugangsvoraussetzungen hinsichtlich Bildungsstand, beruflichen Neigungen, sprachlichen Vorkenntnissen und Zukunftsentwürfen gerecht werden.

perspective schließt mit den Teilprojekten bestehende akute Lücken bei Integrationsangeboten für Flüchtlinge in Schleswig-Holstein. Die beteiligten Akteure zielen mit ihren Angeboten auf eine mittelfristige Öffnung allgemeiner Qualifizierungs- und Ausbildungsangebote für die Zielgruppe.

quita! Mehrsprachiges Qualifizierungsprojekt

im Bereich Telefondienstleistungen

quita! vermittelt Flüchtlingen, die über fortgeschrittene Deutschkenntnisse und mindestens eine internationale einsetzbare Zweit- bzw. Muttersprache verfügen, Schlüsselqualifikationen für den Bereich der Telefondienstleistungen. **quita!** erweitert die sprachlichen Kompetenzen durch die Perfektionierung der Deutschkenntnisse und Professionalisierung der Muttersprache und beinhaltet die Vermittlung von Grundlagen in den Bereichen EDV, Gesprächsführung, Wirtschaftssprache und Recht.

restart Beruflicher Neuanfang für Flüchtlinge

in den Bereichen Medien und soziale Einrichtungen

Projektziel ist die Verbesserung von Berufsfähigkeit von Flüchtlingen durch die Vermittlung von Schlüsselqualifikationen die Bereiche soziale Einrichtungen sowie Print- und Hörfunkmedien. Vermittelt werden Kenntnisse in den Bereichen Gesellschaftskunde, EDV-Anwendung, Büroorganisation, Finanzverwaltung, Vereinsmanagement sowie Presse- und Öffentlichkeitsarbeit.

mok wat! Modulare Qualifizierungs- und Trainingsmaßnahmen

im Handwerks- und Dienstleistungsbereich

Ziel dieser Maßnahme ist es, den Flüchtlingen möglichst individuell berufliche Qualifikationen zu vermitteln. In den Bereichen Bau, Technik, Holzverarbeitung, Pflege, Schneiderei sowie Garten- und Landbau werden theoretische und praktische Grundkenntnisse und Fertigkeiten durch ein speziell entwickeltes modulares System vermittelt.

5. Regionalpolitische Rahmenbedingungen

Das Flächenland Schleswig-Holstein ist gekennzeichnet durch überwiegend strukturschwachen Raum mit wenigen urbanen Zentren. In Schleswig-Holstein lebten 2001 ca. 14.000 Personen mit ungesichertem Aufenthaltsstatus als AsylbewerberInnen, Kriegs- bzw. Bürgerkriegsflüchtlinge oder als De-facto-Flüchtlinge. Nach Auskünften von Landes- und Kommunalverwaltungen steigt der Anteil von Frauen und Minderjährigen seit einigen Jahren stetig an.

Das politische Klima für das Beschreiten von neuen Wegen der Bekämpfung von Diskriminierung und Ungleichheiten von AsylbewerberInnen und Flüchtlingen im Zusammenhang mit dem Arbeitsmarkt erscheint in Schleswig-Holstein hilfreich: Die Landesregierung Schleswig-Holstein ist seit Mitte der 90er Jahre bemüht, die rechtliche und soziale Integration von MigrantInnen und Flüchtlingen zu verbessern. Dies wird deutlich in verschiedenen auf die Bundesebene zielenden Initiativen zur Liberalisierung und Verbesserung asyl- und ausländerrechtlicher Grundlagen, der Ausnutzung vorhandener Ermessensspielräume bei der im Bundesland geltenden Weisungs- und Erlasslage und der Förderung von Beratungs- und Betreuungsarbeit für MigrantInnen und Flüchtlinge bei kommunalen und freien Trägern.

Koordination: Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein e.V.

Claudia Langholz

Oldenburger Str. 25; 24143 Kiel

ph: 0431 – 240 8280; fax.: 0431 – 73 60 77

equal@frsh.de; www.frsh.de/perspective/index.htm



SPuK- Sprache und Kultur: Grundlagen für eine effektive Gesundheitsversorgung

Das Projekt SPUK ist eine sektorale Entwicklungspartnerschaft (EP) im Themenbereich Asylbewerber zum Thema Gesundheit und wird im Rahmen der EU-Gemeinschaftsinitiative EQUAL durchgeführt.

Ziel ist, über die Entwicklung und den Einsatz neuer Konzepte in der Gesundheitsversorgung von Asylbewerbern, eine Stabilisierung der gesundheitlichen Situation zu erreichen und damit gleichzeitig die Beschäftigungsfähigkeit zu fördern.

Im einzelnen bedeutet das:

- über Strukturveränderungen im Gesundheitsbereich eine bessere medizinische Versorgung zu erreichen und damit unzureichende oder nicht-vorhandene Beschäftigungsfähigkeit zu beseitigen
- über eine Qualifizierungsmaßnahme zu Sprach- und Kulturmittlern die Beschäftigungsfähigkeit zu erweitern und einen personellen Beitrag zu einer verbesserten Versorgungslage für Asylbewerber/innen zu gewährleisten
- über die Aktivitäten der Akteure und Kooperationspartner zu einer modellhaften und bundesweit anwendbaren Verbesserung der Unterstützungsstrukturen für Asylbewerber/innen zu gelangen

Diese Ziele werden erreicht durch:

- Konzeption, Entwicklung und modellhafte Durchführung von Qualifizierungsmaßnahmen
- Entwicklung und Durchführung von Weiterbildungsangeboten für Multiplikatoren der im Themenbereich tätigen Personen
- Einrichtung von Arbeitsgruppen zur Verbesserung der Gesundheitsversorgung und der Unterstützungsstrukturen für Asylbewerber/innen

Das Projekt baut auf der Wechselwirkung zwischen den Bereichen Strukturveränderung, Multiplikatorenschulung und Qualifizierung auf. Organisationen aus allen drei Bereichen sind deshalb Mitglieder in der EP. Die in dem Projekt

entwickelten Ansätze in der Gesundheitsversorgung werden exemplarisch in der Region Osnabrück/Niedersachsen implementiert.

Zielgruppen des Projektes:

- Erwerbslose AsylbewerberInnen und Flüchtlinge mit vorübergehendem Aufenthaltsrecht, die Interesse an einer beruflichen Qualifizierung haben;
- MitarbeiterInnen von Arztpraxen, Krankenhäusern, Kliniken, Gesundheitsämtern, Pflegediensten, Beratungsstellen und psycho-therapeutischen Praxen;
- MitarbeiterInnen von Sozial- und Ausländerbehörden, Arbeitsämtern und Krankenkassen;
- MitarbeiterInnen von Gesundheitszentren und Selbsthilfegruppen.

Projekthalte:

Qualifizierung durch

- Sprachfachlehrgang mit thematischen Schwerpunkten im medizinischen und sozialen Bereich,
- Dolmetschertraining mit Berücksichtigung technischer, sprachlicher, kultureller und berufsethischer Aspekte,
- Praxiserfahrung in Einsatzbereichen der Gesundheitsversorgung,
- Vermittlung von Verständigungshilfen im Alltagsleben,
- Vermittlung von EDV-Kenntnissen.

Multiplikatorenschulung zu

- dem Verhältnis von Therapie, Sprache und Kultur,
- Fragen interkultureller Kommunikation und Reflexion eigener Werthaltungen,
- kulturspezifischen Ausdrucksformen von Krankheit und Gesundheit,
- asyl-, ausländer- und sozialrechtlichen Aspekten in der Lebenssituation von Asylsuchenden,
- Strukturen und Rahmenbedingungen in der Gesundheitsversorgung der AsylbewerberInnen.

Das Projekt wird mit Hilfe und Unterstützung vieler regionaler und überregionaler Kooperationspartner vom 01.07.2002 bis 30.06.2005 realisiert.

Darüber hinaus werden im Rahmen einer transnationalen Vereinbarung Problemstellungen im Themenbereich mit Organisationen aus 5 EU-Mitgliedsstaaten und dem Beitrittsland Tschechien analysiert, beraten und Lösungsansätzen zugeführt.

Operative Akteure in der Entwicklungspartnerschaft:

Caritasverband f. d. Diözese Osnabrück e.V., FB Migration



Verein Nds. Bildungsinitiativen,
FB interkulturelle und intern. Arbeit, Barnstorf



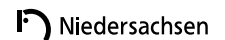
Universität Osnabrück, FB Erziehungs- u. Kulturwissenschaften



Förderverein Nds. Flüchtlingsrat e.V, Hildesheim



Nds. Landesamt für zentrale soziale Aufgaben, Hildesheim



Caritasverband für die Diözese Osnabrück e. V.
Fachbereich Migration – EQUAL-Projekt SPuK
Johannisstraße 91, D-49074 Osnabrück
Tel.: 0541-341-78 Fax: 0541-341-991
eMail: Ngrehl-Schmitt@caritas-os.de